

Das Finanzministerium hat Maßnahmen festgelegt, um die negativen Folgen der Aussetzung der Doppelbesteuerungsabkommen mit westlichen Ländern für die Wirtschaft zu verringern. Daher besteht die Gefahr, dass russische Unternehmen mehr Steuern auf Zahlungen in "unfreundliche" Länder zahlen müssen. Das Finanzministerium schlug vor, die früheren Steuerbefreiungen für mehrere Arten von Zahlungen wieder einzuführen. Neben Kreditzinsen und Lizenzgebühren für Software umfasst die Liste auch Zahlungen für das Leasing von Flugzeugen, den Kauf von Seeschiffen und die Ausstrahlung westlicher Inhalte.

Das Finanzministerium wird sechs Arten von Zahlungen im Ausland vor dem Anstieg der Steuerlast aufgrund der Aussetzung der Steuerabkommen mit westlichen Ländern schützen: Kreditzinsen, Lizenzzahlungen für einzigartige Software, Flugzeugmiete und damit verbundene Versicherungszahlungen, Kauf von Seeschiffen, Sport- und Unterhaltungsübertragungen. Dies geht aus den am 28. September veröffentlichten "Grundlinien der Haushalts- und Steuerpolitik für 2024-2026" hervor. Zuvor hatte das Finanzministerium lediglich die Beibehaltung der Privilegien für Kreditzinsen angekündigt.

"Die Spende der Steuergesetzgebung im Zusammenhang mit der Aussetzung von Abkommen ist jetzt unsere oberste Priorität", sagte der stellvertretende Leiter des Finanzministeriums Alexej Sasanow auf dem VII. Moskauer Finanzforum. Die Änderungen des Steuergesetzes sollen in der Herbstsitzung der Staatsduma eingebracht werden. Sie werden für Zahlungen ab dem 8. August, dem Datum der Aussetzung der Abkommen, gelten.

Präsident Wladimir Putin hat die Steuerbefreiung für passive Einkünfte aus Russland für Organisationen aus 38 "unfreundlichen" Ländern ausgesetzt. Dazu gehören nicht nur Zypern, Malta und Luxemburg, wo Russen häufig Strukturen registriert haben, sondern auch Länder, deren Unternehmen trotz der Sanktionen strategische Investitionen in Russland aufrechterhalten haben - Frankreich, Deutschland, Japan usw. Die Maßnahme war eine Reaktion auf die schwarze Liste der EU, auf der Russland als ein in Steuerfragen nicht kooperatives Land geführt wird.

Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) ermöglichen eine Senkung der Steuern auf Dividenden von 15 % auf 5-10 % (je nach Gerichtsbarkeit) und auf Zinsen für Darlehen und Lizenzgebühren von 20 % auf 0 %. Die Steuererhöhung aufgrund der Aussetzung des SIDN geht zu Lasten der russischen Wirtschaft, da Verträge mit ausländischen Unternehmen oft eine spezielle Klausel enthalten, die besagt, dass sie einen bestimmten Nettobetrag an Einkommen erhalten müssen, erklärte Anna Modyanova, Partnerin in der Steuerpraxis von TeDo, gegenüber Forbes. Daher hat die Wirtschaft gefordert, dass die negativen Folgen durch Änderungen des Steuergesetzes "geheilt" werden.

In welchen Fällen werden die Leistungen einbehalten?

Die Ausnahmen werden sich auf die für die Wirtschaft wichtigsten Finanzströme zwischen russischen Unternehmen und unabhängigen ausländischen Geschäftspartnern auswirken, stellt Anna Modyanova fest. Dies sind die Fälle, in denen das Steuerwachstum "bestimmte Branchen besonders hart treffen kann (Luftverkehr, IT-Sektor) oder zu einem erheblichen Anstieg der Finanzierungskosten für russische Unternehmen (Kreditzinsen) führt", erklärt Natalia Kuznetsova, Partnerin in der Abteilung Steuern und Recht bei DRT.

Das Finanzministerium wird, wie versprochen, die Möglichkeit beibehalten, Banken und Exportkreditagenturen in "unfreundlichen" Ländern keine Steuern zu zahlen oder einen

reduzierten Zinssatz anzuwenden. Auf diese Weise kann vermieden werden, dass sich die Bedienung der Kredite verteuert.

Die Vergünstigungen und die Steuerbefreiung für Lizenzzahlungen für Software ohne Analoga in Russland bleiben bestehen. Russische Unternehmen verwenden nach wie vor ausländische Software. "Wenn keine Änderungen am Steuergesetzbuch vorgenommen werden, wird die Belastung für russische Unternehmen sogar noch zunehmen, da viele Verträge eine Klausel über die Erhöhung der Vergütung um den Steuerbetrag enthalten, obwohl für ausländische Personen formell Steuern auf Zahlungen an "unfreundliche" Länder gezahlt werden", erklärte Valeria Khmelevskaya, Partnerin bei Brand & Partner, gegenüber Forbes.

Unabhängig davon wird das Finanzministerium Unternehmen, die Flugzeuge, Flugmotoren und Hilfstriebwerke geleast haben, bis zum 5. März 2022 vor Steuererhöhungen im Westen schützen. Sie können weiterhin Steuererleichterungen auf Zahlungen für Leasing, Versicherungen und Schadensregulierung in Anspruch nehmen. "Das Problem wurde von der Wirtschaft aufgezeigt, und wir reagieren darauf", erklärte Alexej Sasanow vor Journalisten auf dem Moskauer Finanzforum. Die Erhöhung der Steuern auf Zahlungen für Flugzeugleasing könnte zu Schwierigkeiten in der Branche und einem Anstieg der Ticketpreise führen, so Marina Beljakowa, Partnerin bei B1. Auch beim Kauf von Schiffen im Westen wird es Ausnahmen geben. Die Hauptsache ist, dass die an der Transaktion beteiligten Parteien nicht miteinander verbunden sind. Die Steuererhöhung hat keine Auswirkungen auf die Zahlung von Lizenzgebühren für die Übertragung ausländischer Sportereignisse und Unterhaltungsinhalte.

Das Finanzministerium hat sich noch nicht dazu geäußert, ob für die aufgeführten Zahlungsarten ein ermäßigter Steuersatz oder eine vollständige Befreiung von der Zahlung beibehalten wird. Es ist wahrscheinlich, dass die alten Besteuerungsregeln, die vor dem Einfrieren von SIDN in Kraft waren, beibehalten werden, glaubt Natalia Kuznetsova.

Ausnahmeregelungen werden nicht alles "heilen"

Die "Ausgleichsmaßnahmen" decken ein ziemlich großes Volumen an Geschäften ab, die von der Aussetzung der Abkommen negativ betroffen sind", sagt Marina Beljakowa. Aber es hätte mehr Möglichkeiten gegeben, "ein Bett zu machen", sagt Natalia Kuznetsova.

Das Finanzministerium hat es versäumt, mehrere andere wichtige Situationen zu berücksichtigen. Zum Beispiel die Zahlungen für den internationalen Transport, die Fracht von Seeschiffen und Containern. Sie sind für viele exportorientierte Branchen wichtig, betont Marina Beljakowa. Ausländische Schiffseigner und Spediteure russischer Waren werden die infolge der Aussetzung des SIDN erhöhten Steuern auf russische Verloader abwälzen, warnte Kept-Partner Evgenia Wolfus.

Nach Ansicht von Kuznetsova wäre es ratsam, die Privilegien für alle Lizenzzahlungen im Rahmen von Verträgen mit unabhängigen Personen zurückzugeben. Ihrer Meinung nach ist es auch unlogisch, Zahlungen für Rechte an Unterhaltungs- und Sportinhalten zu privilegieren, aber beispielsweise keine Privilegien für Bildungsinhalte zu gewähren. Es wäre auch denkbar, die Privilegierung von Zahlungen für komplexe Finanzierungsinstrumente (z.B. Derivate) und Verbindlichkeiten, die vor dem Einfrieren von LEDN bilanziert wurden, beizubehalten, meint Kuznetsova.